

1 EU und Euro am Abgrund Teil 14

Ist Deutschland der eigentliche Gewinner des Euro und der EU?

Von Hermann Patzak

Diese Behauptung geisterte durch die Medien, als die deutschen Politiker vor der Entscheidung standen, den von der Zahlungsunfähigkeit bedrohten Euro-Ländern mit Krediten und Bürgschaften unter die Arme zu greifen. Es mag nicht wenige Deutsche geben, die sich das Argument in gewohnter Bußfertigkeit „zu Herzen“ nahmen. Wir wollen der Frage nachgehen, ob die Deutschen wirklich zu den Gewinnern der EU und des Euro gezählt werden können.

1.1 Ein Gerücht entsteht und lenkt von den realen ökonomischen Kräfte-Verschiebungen durch EU und Euro ab

Zu den politischen Zielen der EU gehörten von Anfang die **Einkommensumverteilungen** zwischen den europäischen Ländern. Diese kamen auf verschiedenen Wegen zustande:

1. Der direkte Weg erfolgte über die Netto-Zahlungen der „reichen“ Volkswirtschaften an die „armen“ Volkswirtschaften (Netto-Empfänger). Es handelt sich im Prinzip um Steuergelder, die direkt an die Netto-Empfängerländer flossen. In den Jahren 1995 – 2003 zahlten die Deutschen mit 76,7 Mrd. Euro aus ihren Steuergeldern 53,6 Prozent des Gesamtbetrages aller Netto-Zahlungsländer in die EU-Kassen ein¹. Diese zusätzlichen Gelder lösten in den Netto-Empfängerländern einen Multiplikatorprozess aus, der das Volkseinkommen um ein Mehrfaches erhöhte.
2. Der zweite direkte Weg führte über die „Euro-Dividende“² zu einer erheblichen Zinsverbilligung für die notorischen Schulden- und Inflationsländer. Nach ihrem Beitritt zur Euro-Union wurden dadurch Milliarden-Beträge freigesetzt, die für Investitionszwecke, aber auch für steigenden Staatskonsum verwendet werden konnten. In Griechenland wurden die Gelder allerdings dafür verwendet, die Staatsschulden noch weiter zu erhöhen, um die griechischen Wähler durch Erhöhung der Beamtengehälter, Pensions- und Rentensteigerungen reich zu beschenken. 1996 zahlte Griechenland für seine Schulden einen Zinssatz von 10,5 Prozent, im Jahr 2008 (vor Bekanntwerden der Fälschung der Staatsschuldhöhe) betrug dieser Zinssatz nur 4,8 Prozent. In der Zwischenzeit hatte Athen aber seine Schulden um 140 Prozent auf 240 Mrd. Euro erhöht und zahlte dafür Zinsen in Höhe von nur 11,04 Mrd. Euro. Bei dem Zinssatz von 10,5 Prozent, wie im Jahr 1996, hätte das Land Zinsen im Betrag von 25,2 Mrd. Euro bezahlen müssen. Seine Eurodividende im Jahr 2008 betrug somit 14,2 Mrd. Euro!
3. Eine zusätzliche Einkommensumverteilung ergab sich für die schwachen europäischen Volkswirtschaften aus dem stabilen Euro. Seine Stabilität im internationalen Warenaustausch garantierte in erster Linie die leistungsfähige deutsche Wirtschaft mit ihren Exportüberschüssen. Dadurch kamen alle Euro-Länder in den Genuss stabiler „Terms of Trade“. Man versteht darunter das Austausch- bzw. Preisverhältnis der inländi-

¹ Siehe Franz-Ulrich Willeke: „Tatsächliche und angemessene Nettobeiträge“ in Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften, Heft 2, 2007.

² Darunter versteht man die Zinsersparnis bei den Staatsschulden infolge der gemeinsamen Währung, weil das Abwertungs- und – so glaubte man auch – das Insolvenzrisiko dadurch wegfiel. Vgl. im einzelnen hierzu „EU und Euro am Abgrund, Teil 12, die Euro-Dividende“.

schen Güter und Leistungen zu den importierten (ausländischen) Gütern und Leistungen. Vor dem Euro-Beitritt hatte sich dieses Austauschverhältnis der notorisch inflationären Volkswirtschaften ständig verschlechtert, weil ihre Währungen permanent an Wert einbüßten, so dass die notwendigen Importe (z.B. Gas, Energie oder Kraftfahrzeuge) für sie immer teurer wurden. Mit dem Euro war dies nicht mehr der Fall. Im Gegenteil. Im Verhältnis zu den anderen Euro-Ländern blieb das Austauschverhältnis konstant, gegenüber anderen Ländern hat es sich sogar verbessert, wenn der Euro an Wert zugenommen hat. Dieses Austauschverhältnis verbesserte sich für die Deutschen nicht mehr, was die Griechenland-, Spanien-, oder Italienurlauber zu spüren bekamen, deren Urlaub sich von Jahr zu Jahr verteuerte.

4. Die Mehrzahl der neuen Euro-Länder waren zugleich Niedriglohnländer. Zu dem Vorteil der niedrigen Lohnkosten kam jetzt noch der Vorteil der gleichen Währung, der das Währungsrisiko im Handels- und Kapitalverkehr ausschloss. Somit wurden Standortverlagerungen in Billiglohnländer jetzt auch durch die gemeinsame Währung begünstigt (Slowakei, Slowenien, Spanien).
5. Auch der Geldhandel bzw. die Kreditgeschäfte der Banken und Versicherungen profitierten von dem gemeinsamen Euro-Markt. Alle Großbanken Europas (nicht nur Deutschlands) und der Welt drängten in die neuen Volkswirtschaften, die in den Jahren zuvor durch die hohen Zinsen (Inlandsinflation und Abwertungsdruck) gelitten hatten. Hier bekamen sie höhere Zinsen als auf den heimischen Märkten. Das Gesetz der Gewinnmaximierung und der höheren Rendite lenkte die Kapitalströme in diese neuen Euro-Länder. Mancher deutsche Mittelständler hat diese Kreditknappheit in den vergangenen Jahren – noch vor Ausbruch der Krise – zu spüren bekommen.

Alle aufgezeigten Prozesse hatten natürlich eine Einkommensumverteilung zwischen den EU-Ländern zur Folge, die allerdings nahezu unbemerkt geschah. Nur in den Statistiken über das Wirtschaftswachstum und das Pro-Kopf Einkommen fanden sie ihren Niederschlag. Aber wer liest die schon, und wer kommt auf die Idee, über die Ursachen nachzudenken, warum die Deutschen, gemessen am Pro-Kopf Einkommen in den letzten Jahren immer ärmer geworden sind.

In der schier **endlosen Spirale** der Einkommensumverteilungen innerhalb der EU wurde jetzt eine vorläufig letzte Entwicklungsstufe erreicht. Sie hat den Namen „**Transferunion**“ erhalten. Als im Verlauf der Weltwirtschaftskrise die maßlos überschuldeten Euro-Länder: Griechenland, Spanien, Irland und Portugal unmittelbar vor dem Bankrott standen, sahen die von ihrer Idee besessenen EU- und Euro-Dogmatiker nur noch einen Ausweg für die Rettung ihres „**Jahrtausendprojektes Euro**“: Die übrigen Euro-Länder wurden genötigt, die vor dem Bankrott stehenden Euro-Staaten mit direkten Krediten und Kreditbürgschaften zu retten. Dabei mussten die Politiker sogar die von ihnen selbst ausgefertigten EU-Verträge brechen, die eine derartige Haftung ausdrücklich verbieten. Sie rechtfertigen dies mit einem Argument, das über jedem Vertrag und jeder Verfassung steht. Sie berufen sich auf ihr Grundanliegen – die Idee, aus der dann die Euro-Währung gleichsam geronnen ist: Über allem steht für sie die europäische Integration, die sie anstreben. Ob ihnen mit der Haftungs- und Schuldenübernahme die Rettung des Euro gelungen ist, wird von vielen namhaften Ökonomen bezweifelt. Es könnte nämlich geschehen, dass die Schäden des Haftungsfalles auch für die Volkswirtschaften zu groß sind, die jetzt ihre Solidarität bewiesen haben.

Auch ohne diese Gefahr könnte die Rettung des Euro zur Rettung der Idee der europäischen Integration, die immer deutlicher auf eine Auflösung der europäischen Nationen hinausläuft, fatale Folgen haben. Wenn sich nämlich herausstellt, dass eine gemeinsame Währung ein untaugliches Mittel ist, grundverschiedene Nationen einem Einheitsstaat zu

verschmelzen. Denn in der Geschichte der Menschheit ist ein derartiges Vorhaben bis heute nicht einmal gelungen. Die jüngsten Versuche in Jugoslawien und der Sowjetunion sind kläglich gescheitert.

Kommen wir zurück auf den Boden der ökonomischen Tatsachen. Die neuerliche Einkommensumverteilung, bei der auch noch die Schulden anderer Staaten zu übernehmen sind, ging jetzt sogar der „Zunft der deutschen Lehrstuhl-Ökonomen“ an den deutschen Universitäten zu weit. Sie warnten davor, dass die Rettungspakete 1 und 2 (110 + 750 Mrd. Euro) die Euro-Union in eine Transferunion verwandelten. Doch die EU war von Anfang an eine Transferunion, wie wir gesehen haben, was natürlich auch die Ökonomen in Deutschland sehr genau wissen. Doch der Vorwurf „Transferunion“ genügte den EU- und Euro-Vorkämpfern zur der „Retour-Kutsche“, dass Deutschland der eigentliche Gewinner der EU und des Euro sei, weshalb es moralisch verwerflich sei, den vom Bankrott bedrohten EU-Staaten nicht helfen zu wollen. Diese Behauptung wurde insbesondere von den Politikern jener EU- und Euro-Länder aufgestellt, die die größten Netto-Empfänger sind. Aber auch die deutschen Verfechter der EU- und Euro-Ideologie, quer durch alle Parteien – insbesondere die alte, für die Einführung des Euro verantwortliche Polit-Garde (Theo Waigel z.B.) – war sich nicht zu schäbig oder zu dumm, dieses Argument ins Feld zu führen, weil es für sie ein willkommenes Alibi ist, sich selbst und ihr Tun vor den Deutschen zu rechtfertigen!

1.2 Verdankt Deutschland seine Handelsbilanzüberschüsse wirklich der EU und dem Euro?

Was ist eigentlich so toll an diesen Exportüberschüssen? Alle begründen ihre Behauptung damit, dass Deutschland seine Handelsbilanzüberschüsse dem Euro und der EU verdanke. Doch die Behauptung beinhaltet eine doppelte Lüge, die auch durch ihre ständige Wiederholung nicht wahr wird:

Erstens sind permanente Handelsbilanzüberschüsse (genauer gesagt Leistungsbilanzüberschüsse) kein Vorteil, sondern ein Nachteil für eine Volkswirtschaft: Sie vermindern nämlich die den Inländern zur Verfügung stehenden Güter und Leistungen! Denn die Menschen in dieser Volkswirtschaft produzieren ständig mehr als sie selbst konsumieren. In Höhe der Exportüberschüsse leisten sie einen erzwungenen Konsumverzicht. Man kann es auch Zwangssparen nennen. Den Vorteil haben jene Länder, die ständig mehr importieren als exportieren!

Natürlich stellt sich dabei die Frage, wie die Leistungsbilanz-Defizit-Länder ihre Importüberschüsse überhaupt bezahlen können?

Entweder sie zahlen (1) in einer Währung, die alle übrigen Länder als Weltzahlungsmittel anerkennen und verwenden. Jedermann weiß, dass die USA und der Dollar gemeint ist. Oder (2) die Leistungsbilanz-Defizit-Länder müssen ihre Währung abwerten (England und die Mehrzahl der europäischen Länder vor der Einführung des Euro). Infolge der Abwertung werden diese Länder dann gezwungen, für die Importe mehr zu bezahlen, um die gleiche Menge an Gütern und Leistungen zu importieren oder weniger zu importieren. Kein Wunder, dass diese Länder auf Abhilfe sannen. Und sie glaubten diese Lösung für die EU in einer gemeinsamen Währung – dem Euro – gefunden zu haben!

Diese gemeinsame Euro-Währung und die politisch gezielte Subventionierung von ökonomisch rückständigen Volkswirtschaften wie Griechenland und Spanien z.B., hat es diesen chronischen Importüberschussländern erst ermöglicht, über ihre Verhältnisse zu leben! Das ist ein **elementarer Konstruktionsfehler der gemeinsamen Euro-Währung**, den seine euphorischen Schöpfer nicht bedacht haben. Doch jetzt ist der Fehler offen-

sichtlich geworden, aber die Euro-Dogmatiker weigern sich immer noch, diese Realität anzuerkennen!

Das Zustandekommen dieses Systemfehlers wird jedermann klar, wenn er sich die Frage stellt, woher die südeuropäischen Länder nach Einführung des Euro das Geld zum Bezahlen der Importüberschüsse bekamen? Sie hatten zwei Quellen:

- (1) Sie bekamen das Geld direkt aus den EU-Subventionen (dem Kohäsionsfonds und den sogenannten Beihilfen der EU), die mit über 50 Prozent vom Nettozahler Deutschland erbracht worden sind und
- (2) sie finanzierten die Importüberschüsse mittels Kredite ausländischer Banken. Dazu zählten natürlich auch die deutsche Banken, die ihre in Deutschland erwirtschafteten **Gelder wegen der höheren Rendite lieber im Ausland** anlegten.

Verschaffen wir uns eine Vorstellung von dem Ausmaß der Bankkredite gegenüber den hochverschuldeten Euro-Staaten den der Peripherie Europas:

Bankforderungen gegen Schuldner in Portugal, Spanien und Griechenland		Forderungen deutscher Banken gegenüber Portugal, Spanien, Griechenland und Irland	
<u>Banken in</u>	<u>Mrd. Dollar</u>	<u>Forderung deutscher Banken</u>	<u>Mrd. Dollar</u>
Deutschland	331	Griechenland	43,2
Frankreich	307	Spanien	240,3
England	158	Irland	193,3
Niederlande	140	Portugal	43,3
Schweiz	82	<u>Summe</u>	<u>520,1</u>
USA	75		
And Euro-Länder	311		
<u>Rest d.Welt</u>	<u>337</u>		
Summe	1741		

Vergleicht man die Summe allein der deutschen Banken mit der Summe des geplanten Bundeshaushaltes Deutschlands für das Jahr 2011, die sich auf 307,4 Mrd. Euro beläuft, so erhält man eine Vorstellung, welche Bedeutung diese Kredite für die relativ kleinen Volkswirtschaften haben. Es geht um die Auswirkungen des Wachstums dieser Volkswirtschaften aber auch um das Risiko der Rückzahlung. Allein die deutschen Banken haben in Irland Forderungen in Höhe von 193,3 Mrd. Euro. Wie wollen die Iren Zins und Tilgung bezahlen, wenn ihre Wirtschaft stagniert?

Doch einem anderen Aspekt kommt noch weit größere Bedeutung zu. Die Zahlen halten uns das **Kerngesetz des unkontrollierten Globalkapitalismus** klar vor Augen, der alle Währungsgrenzen überwindet. Es besagt, dass das **Kapital immer dorthin wandert, wo es die größte Rendite bringt!** Dieser Mechanismus war den Schöpfern des Euro sehr wohl bekannt und seine Wirkung war beabsichtigt: Das Kapital sollte in die unterentwickelten Regionen fließen, um dort die Produktion zu steigern und die niedrigen Einkommen zu erhöhen. Und dieser Mechanismus hat auch so funktioniert.

Doch nur eine Zeit lang, er hatte auch seine Nebenwirkungen: Das internationale Finanzkapital hat sich übernommen, eine Wirtschaftskrise hatte man in den Planungen nicht einkalkuliert. Und diese Krise hat dieses Finanz- und Spekulationskapital selbst ausgelöst. Doch kommen wir zu einer anderen ganz wichtigen Auswirkung, die im Gegensatz dazu vorhersehbar war, mit der EU- und Euro-Ideologen auch gerechnet haben:

In den Volkswirtschaften, von denen das Kapital abgezogen wurde – obwohl es im dortigen Produktionsprozess und unter wesentlicher Beteiligung des Faktors Arbeit entstanden

war, verringerte sich das Wirtschaftswachstum merklich. Deutschland war in besonderer Weise davon betroffen! Die Einkommen (Gewinne und Arbeitseinkommen) stiegen nur langsam, dafür aber der Bodensatz der Arbeitslosigkeit um so mehr. Die Wachstumsraten und Wohlstandsentwicklungen, die zu einer Einkommensumverteilung zwischen den europäischen Volkswirtschaften führten, haben wir im vorherigen Kapitel 13 dieses Zyklus „EU und Euro am Abgrund Teil 13“ aufgezeigt.

Somit wird eines klar. Das niedrige Wirtschaftswachstum der deutschen Volkswirtschaft und die hohe Arbeitslosigkeit im Vergleich zu der Zeit vor EU und Euro verdanken wir zu einem maßgeblichen Teil den Euro- und EU-Protagonisten. **Deutschland ist durch die EU und den Euro nicht reicher, sondern ärmer geworden.** Das sind die Fakten.

Gar manchem mögen diese Ausführungen absonderlich erscheinen, weil er sie in der breiten Medienöffentlichkeit noch nie gehört oder gelesen hat. In der Fortsetzung dieser Serie „EU und Euro am Abgrund“ werden wir aufzeigen, dass deutsche Nationalökonomien von Rang und Namen in ihrer Ursachenanalyse der Euro-Krise zu den gleichen Erkenntnissen kommen. Als Konsequenz aus dieser Einsicht meinen sie jedoch der Bundesregierung zehn Ratschläge geben zu können, wie der Euro zu retten sei.

Wir werden ihre Erkenntnisse und ihre zehn Regeln zur Rettung des Euro einer gründlichen Rezension unterziehen.